



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. Die lippische Angelegenheit ist nun endlich auf das richtige Geleise geschoben. Die Tatsache ist in Deutschland allgemein mit großer Befriedigung aufgenommen worden, zugleich darf in dieser Art der Erledigung ein wertvolles Präzedenz für künftige Streitfälle um Thronrechte gesehen werden. Es hat sich somit doch ergeben, daß ein sehr einfacher Weg gangbar ist, solche Dinge ohne jede Verbitterung auszutragen. Für die Gegenwart gereicht das zur Befriedigung, für die Zukunft zur Beruhigung. Die Frage der Vereidigung des lippischen Bataillons auf den jetzigen Regenten ist dabei ziemlich irrelevant. Ob es vom monarchischen Standpunkt aus gerade in unsern Tagen richtig sein mag, den Massen zu zeigen, daß es „auch so,“ ohne Vereidigung, gehe, bleibe dahingestellt, jedenfalls müssen aber doch die jetzt eingetretten Rekruten einen Fahneneid leisten. Das ist weder eine rein dynastische noch eine rein militärische Frage, sondern eine höchst politische. Die Leistung des Fahneneides ist durch die Reichsverfassung vorgeschrieben. Die Erneuerung der Vereidigung bei einem Thronwechsel oder bei Eintritt einer Regentschaft kann ausgesetzt werden, die Vereidigung der Rekruten muß verfassungsgemäß geschehen, schon deshalb, weil der Fahneneid nicht nur dem Landesherrn, sondern auch dem Kaiser, dem obersten Kriegsherrn, geschworen wird. Auch hierbei handelt es sich nicht nur um den vorliegenden Fall, sondern um eine Angelegenheit von genereller Bedeutung. Hoffen wir, daß die Geschicklichkeit und die Energie, mit der der Reichskanzler den leidigen Thronfolgestreit der allein richtigen Lösung zugeführt hat, auch in der Vereidigungsfrage den richtigen Weg öffnet, zumal nachdem „die Anerkennung“ durch die Zulassung des lippischen Vertreters in den Bundesrat ihre Lösung gefunden hat. Auch die Fahneneidfrage läßt sich in Zukunft wenigstens für alle unter der preussischen Armeeverwaltung stehenden Truppenteile sehr einfach lösen. Da der Fahneneid in der Reichsverfassung vorgeschrieben ist, ist er eine unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers stehende Angelegenheit. Bei einem Regierungswechsel muß demgemäß der Reichskanzler den Kriegsminister benachrichtigen, ob der Vereidigung irgendwelche Bedenken entgegenstehen, und der Kriegsminister muß dann das betreffende Kommando entsprechend anweisen. Die Anerkennungsfrage, die ja bei direktem unbestrittenem Erbganze ohnehin ausscheidet, ist also vorher vom Reichskanzler mit dem Kaiser ins reine zu bringen. So würde sicherlich auch im vorliegenden Falle verfahren worden sein, wenn die lippische Regierung eine amtliche Anzeige an den Reichskanzler, und nicht vorher der neue Regent ein Telegramm an den Kaiser gerichtet hätte. In so delikaten Fragen ist die äußerste Korrektheit geboten, geringfügige Verstöße, bei denen sich niemand etwas denkt, können leicht eine ebenso unerwünschte als unabherrschbare Tragweite haben. Hätte sich die lippische Regierung sofort an den Reichskanzler gewandt, so würde wahrscheinlich der ganze Feuerlärm, der wochenlang die deutsche Presse durchtobte und alle Staatsrechtslehrer, mit oder ohne Berühmtheit, in den Sattel rief, vermieden worden sein. Hoffentlich hat der Reichstag soviel Takt, nicht alle diese Leit- und Leidartikel noch einmal aufzuwärmen, sondern die ganze Sache ruhig ihren endlich gewiesenen Gang gehn zu lassen. Hat das Reichsgericht erst einmal gesprochen, und ist der lippische Fall erledigt, dann wäre vielleicht zu erwägen, ob die Reichsverfassung nicht für die formale Behandlung solcher Dinge einer Ergänzung bedarf, die so unerquickliche Schwierigkeiten für alle Zukunft möglichst ausschließt.

Daß der Reichstagsabgeordnete Reichsgerichtsrat Spahn ein Landtagsmandat angenommen hat, hat in der Presse Erörterungen darüber hervorgerufen, daß Herr Spahn, der am lautesten über die Überlastung der Mitglieder des Reichsgerichts Klage, nicht Anstand nehme, seine Arbeitslast noch in so außerordentlicher Weise zu vermehren. Im Grunde genommen ist es Sache jedes Einzelnen, zumal jedes

Abgeordneten, wie weit er seine Arbeitslast steigern will, und wie weit er damit noch im Einklang mit den von ihm übernommenen Pflichten bleibt. Herr Spahn verfügt über eine bedeutende Arbeitskraft, die aber nicht jeder seiner Leipziger Kollegen sein eigen nennen kann. Die Mitglieder des Reichsgerichts gehören doch sämtlich den vorgerücktern Semestern an, einem Lebensalter, wo die Arbeitskraft nicht mehr zunimmt, sondern abzunehmen pflegt, und wenn ein Einzelner sie bis an die Grenze der Erreichbarkeit aus Neigung oder aus andern Gründen steigert, so ist damit für die Gesamtheit noch nichts bewiesen. Herr Spahn kann vielleicht für drei Reichsgerichtsräte arbeiten, ohne daß dadurch die Klagen über Überlastung der andern an Berechtigung verlören. In politischen Kreisen ist neuerdings viel über die Führerlosigkeit und die sich daraus ergebende Unberechenbarkeit des Zentrums geklagt worden. Der Eintritt des Herrn Spahn in das preußische Abgeordnetenhaus ist aber wohl geeignet, die Zentrumsfraktion des Hauses, die von der bayrischen Zentrumsdemokratie und -demagogie wohl nicht ganz unbeeinflusst geblieben ist, berechenbarer zu machen und damit klarere Verhältnisse zu schaffen. Seit dem Tode des Abgeordneten Lieber haben die radikalen Elemente in der Zentrumsfraktion des Reichstags so sehr an Einfluß gewonnen, daß die Gefahr, die in den jetzigen Reichstagszuständen leider ohnehin enthalten ist, dadurch eine bedeutende Steigerung erfährt. Es kann aber nicht erwünscht sein, daß die Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses und mit ihr das Gewicht, das sie in die politische Wagschale legt, noch mehr unter die Herrschaft des bayrischen Zentrumsradikalismus gerät, als bei dem innern Zusammenhange der beiden Fraktionen, der des Reichstags und der des Abgeordnetenhauses, leider seit Jahren der Fall ist. Auch die preußische Zentrumsfraktion ist an sich bekanntlich nicht von radikalen Bestandteilen frei, um so erwünschter muß ihr im Hinblick auf die allgemeine politische Lage der Eintritt eines Mitgliedes sein, das jene Bestandteile einigermaßen zu paralisieren vermag.

Das Zentrumsbataillon in der parlamentarischen Schlachtordnung des preußischen Abgeordnetenhauses wird dadurch wieder geschlossener und zuverlässiger; eine Erstarkung, die im Landtage hin und wieder unbequem sein mag, aber jedenfalls als das geringere von zwei Übeln anzusehen ist und daneben den Vorteil bietet, daß eine innerlich erstarkte preußische Zentrumsfraktion auch in der Reichstagsfraktion einen stärkern, dem Reichsinteresse nützlichen Einfluß auszuüben vermag, als gegenwärtig bei dem Überwiegen der bayrischen Zentrumsdemokratie der Fall ist. Im Leben ist in der Regel nichts so schlimm, wie es aussieht, und nichts so gut, wie es aussieht. Gegenüber den Klagen liberaler Blätter, daß der überlastete Reichsgerichtsrat Spahn nun auch noch ein Landtagsmandat angenommen habe, möchten wir darum die Beschwerdeführer darauf aufmerksam machen, daß die Erfüllbarkeit einer ganzen Reihe von Forderungen, die sie im staatlichen und im nationalen Interesse vertreten, von der Zuverlässigkeit der Zentrumsfraktion und der Erstarkung der staatsfönnigen Richtung innerhalb dieser direkt abhängt. Man darf Herrn Spahn als einen entschlossenen Vertreter dieser Richtung ansprechen, und einstweilen sollte man sich begnügen, seinen Eintritt in den Landtag von dieser Seite aus zu betrachten. Die politische Führung Deutschlands durch Preußen soll nicht nur im Reichsoberhaupt und im Bundesrat zum Ausdruck gelangen, sondern sie muß auch im Reichstage bestehen. Sonst gerät der Reichstag nicht nur in einen Gegensatz zu den beiden andern „Faktoren der Reichsgesetzgebung,“ sondern auch in einen Gegensatz zu dem Grundgedanken der Reichsverfassung und des Bundesverhältnisses überhaupt. Preußen ist im Reichstage nicht mehr stark genug, weil den Parteien die überragenden preußischen Führer fehlen, über die in den siebziger Jahren fast jede Fraktion verfügte. Im Gegensatz zu der fortgesetzten Steigerung unsers wirtschaftlichen Wohlstandes sind wir politisch sehr viel ärmer geworden, zum nicht geringen Teil aus dem Grunde, daß der geistige Gehalt des Reichstags, sein politisches und sein patriotisches Niveau leider

fortgesetzt im Sinken sind. Der Begriff des höchsten politischen Ehrenamts, der vor dreißig Jahren von dem Reichstagsmandat unzertrennlich war, ist für Wähler und Gewählte zum großen Teile verloren gegangen. Schon die unaufhörliche Jagd nach Mandats geschwunden und dieses für eine große Zahl der Mitglieder nicht mehr ein Ehrenamt, sondern ein politischer Unterschlupf geworden ist. Es ist ein Glück, daß wir Nachbarn haben, die uns durch ihr Verhalten vor dem Einschlafen in dem fast allzu bequem eingerichteten deutschen Hause bewahren und uns unaufhörlich daran erinnern, daß es nicht unsre Bestimmung ist, dem Genuß der erworbenen Güter zu leben.

Die Neigung dazu, das Beharren in einer Richtung abseits von dem Wege, der uns zur Einheit und Größe geführt hat, spiegelt sich auch in der an dieser Stelle schon wiederholt beklagten Gleichgiltigkeit dem südwestafrikanischen Kriege und unsern dortigen braven Truppen gegenüber. Das Bewußtsein, daß es sich dort um einen Krieg, einen Kolonialkrieg großen Stils handelt, ist den Massen ganz fremd. Neben dieser Gleichgiltigkeit auf der einen Seite ist die sozialdemokratische Mühsigkeit auf der andern bemerkenswert, die jetzt daran geht, die Werbung von Freiwilligen für die Ergänzung der im Kampfe stehenden Truppen zu hintertreiben. Diese deutschen Hilfsstruppen der Hereros und Hottentotten werden gegenüber dem in unserm Volke lebendigen soldatischen Sinne, gegenüber dem vorhandnen Hinausstreben in die Ferne keinen Erfolg haben. Aber diese Art Agitation bietet immerhin einen Vorgeschmack von dem, was wir auch bei einem europäischen Kriege von der Sozialdemokratie zu erwarten haben könnten. Bei Ausbruch eines großen Krieges tritt freilich sofort der Kriegszustand ein, und man kann die Leute, die Meuterei anstiften wollten, da leicht an den Frazen nehmen. Ein paar Fälle von standrechtlicher Aburteilung würden genügen, solchen Gelüsten ein Ende zu machen. Aber auch bei einem nichteuropäischen Kriege sollte eine solche agitatorische Einwirkung auf die Angehörigen des Beurlaubtenstandes nicht straflos bleiben. Es ist eine direkte Schädigung unsrer vor dem Feinde stehenden Truppen und somit eine Begünstigung des Gegners. Auch ist damit eine große Schädigung des Landes verbunden. Denn je länger der Krieg infolge unzureichender Kräfte dauert, desto kostspieliger wird er, was freilich den untersten Schichten, die keine Steuern zahlen, ziemlich gleichgiltig ist. Wir sind ja in der Nachsicht und der Duldung gegenüber dem Treiben der Sozialdemokratie in den letzten vierzehn Jahren außerordentlich weit gegangen, und dadurch, daß die Regierung auf prinzipiell richtige Maßnahmen gegenüber einer ablehnenden Haltung des Reichstags verzichtet hat, ist den Sozialdemokraten der Ramm ganz ungeheuerlich geschwollen. Aber mit unserm Heerwesen — mit diesem Feuer sollte man sie nicht länger ungekraft spielen lassen. Wer die Maßnahmen der Regierung zur militärischen Niederwerfung eines Feindes zu vereiteln sucht, treibt Reichs- und Landesverrat. Einem solchen gegenüber muß die Abwehr unerbittlich sein.

Bei der großen Rolle, die die Landungsverhältnisse in Swakopmund in bezug auf die Beendigung des dortigen beklagenswerten Zustandes spielen, liegt doch wohl die Frage nahe, ob denn wirklich alle Hilfsmittel unsrer hochentwickeltesten Technik erschöpft sind, die die Frage der Verbesserung der Landungsverhältnisse oder die Gewinnung eines andern, geeigneten Hafens lösen könnten? Namentlich können die landeinwärts vorgelagerten Dünen doch kein unüberwindliches Hindernis sein. Wir schlagen in Europa einen Tunnel nach dem andern durch die gewaltigsten Bergmassive der Alpen, sollte man da wirklich nicht mit den südwestafrikanischen Dünen fertig werden und neben Swakopmund noch andre Häfen zugänglich machen können? Die Kolonie kann doch unmöglich für ewige Zeiten auf einen einzigen Hafen angewiesen bleiben. Haben wir wirklich keine Ingenieure, die eine solche Preisaufgabe zu lösen verstünden?

§

Die Wiederwahl des Präsidenten Roosevelt. So ist denn nun die Schlacht um das höchste Amt in der großen nordamerikanischen Republik geschlagen. Man darf den Sieg der republikanischen Partei und die Wiedererwählung des Präsidenten Roosevelt wohl nicht nur ein politisches, sondern auch wohl ein historisches Ereignis nennen. Denn es liegt darin der Wille des Volkes ausgesprochen, einer großen Volksmehrheit, bei der jetzigen imperialistischen Politik zu bleiben. Ihren Ursprung hat sie nicht durch und nicht unter Roosevelt genommen. Sie entstand schon unter seinem Vorgänger Mac Kinley, als Herr Roosevelt weitem Kreisen wenig und auch den Politikern nur als Literat, als Amateur-Cowboy im fernen Westen und als tüchtiger Polizeipräsident der Stadt Newyork bekannt war. Mac Kinley wurde 1896 keineswegs als Imperialist gewählt. Man kannte diese Bezeichnung noch wenig. Das ihm vorausgegangne demokratische Regiment Cleveland's hatte an die Stelle des hochschutzzöllnerischen Mac Kinleytarifs den gemäßigteren Zolltarif gesetzt, der unter dem Namen Wilsons bekannt ist. Gegen diese etwas freihändlerischere Gesetzgebung und gegen den neuen demokratischen Kandidaten Bryan, der die Goldwährung durch die Silberwährung ersetzen wollte, richtete sich 1896 die Entscheidung der Mehrheit. Erst als Mac Kinley schon Präsident war, 1897, begann die Verwicklung mit Spanien wegen Kubas, die 1898 zum Kriege führte. Erst aus dem so leicht zu tragenden, so wenig Opfer fordernden und so ungeahnte Trophäen bringenden Kampfe mit Spanien wallte der Imperialismus empor. Als Portorico und die Philippinen als Siegesbeute heimgebracht wurden, packte — wir wollen nicht sagen, der Durst nach Eroberungen, denn das wäre zu viel — aber der Geschmack daran die amerikanische Nation. Man fand mit einemmal, daß es auf diese Weise doch ganz gut angehe, sich auswärtige Märkte zu verschaffen, auf denen die amerikanische Industrie einen bevorzugten Absatz genießen müsse. Schon damals hallte ganz Europa wider von den Kampfesrufen der Nationalisten und Chauvinisten verschiedener Völker, und bald darauf brachten der südafrikanische Krieg und die chinesischen Wirren in Europa die Gegner noch mehr in Wallung. Und in den Vereinigten Staaten wallten sie mit. Man fühlte sich groß als Nation von 76 Millionen (heute etwa 80 Millionen) Einwohnern, die über wirtschaftliche Kräfte verfügte wie kein andres Land. Man wollte nun auch mit Streitkräften versehen sein, wenigstens zur See, denn gegen ein stehendes Landheer hat der Amerikaner immer noch eine unüberwindliche Abneigung.

Wir sagen, Mac Kinley war 1896 nicht als Imperialist gewählt worden, aber er wurde ein Mann dieser Partei durch den Krieg mit Spanien, und die Nation ging mit ihm. Bei der Wahl von 1900 flossen Imperialismus und scharfe Abwehr der Doppelwährungs-, in Wahrheit Silberwährungspolitik ineinander. Bryan kandidierte wieder und wurde mit noch größerer Mehrheit geschlagen. Roosevelt kam erst 1901 an Stelle des ermordeten Mac Kinley ans Ruder. Er hatte sich im kubanischen Kriege als kühner Freischarenführer ausgezeichnet und zugleich politisch den Imperialismus vertreten. Fast wäre er schon 1900 zur Kandidatur gelangt, aber als selbständiger Geist war er den Wirepullers, den hinter den Kulissen arbeitenden Drahtziehern, nicht willkommen. Man speiste ihn mit der Vizepräsidentenschaft ab, einem ganz einflußlosen Amte. In den drei Jahren, seit er die oberste Stellung in seiner Nation innehat, hat er bei aller Zugehörigkeit zur imperialistischen Partei doch die Geschäfte mit bemerkenswerter Besonnenheit geführt. Während der venezolanischen Verwicklung tobten die Heßer aus Leibeskraften und schürten zum Kriege mit Deutschland. Roosevelt war der Mann, sie unschädlich zu machen, er war der Vertrauensmann der Imperialisten und gewann das Zutrauen der Besonnenen. Während seiner Regierung ereignete sich auf dem Gebiete der Land-erwerbungen nichts; die Grenze gegen Kanada wurde durch friedlichen Vertrag mit Großbritannien geordnet; nur die Entstehung der Republik Panama kann man dem amerikanischen Chauvinismus auf die Rechnung setzen, aber auch diese sicherlich nicht Roosevelt persönlich.

Diesesmal stand nun vor allem der Imperialismus in der politischen Arena. Für die Republikaner war er der Haupttrumpf, für die Gegner die vornehmlichste Zielscheibe. Diesesmal wurde die Sache nicht verworren durch Silberwindel auf demokratischer Seite, denn die Freunde Bryans hatten eingewilligt, daß diesesmal wieder ein Mann von der konservativen, im Nordosten beliebten Richtung der Demokratie, ein Anhänger der Goldwährung, kurzum ein Gesinnungsgenosse Clevelands aufgestellt wurde: der Newyorker Oberrichter Parker. Während die Republikaner an den Gang zu politischer Ausdehnung, zu erhöhter Geltung im Rate der Völker appellierten, huldigten die Demokraten der altüberkommenen Tradition, daß die Größe der Republik in der Verschmähung eines stehenden Heeres und überhaupt größerer politischer Machtentwicklung, in der Abwehr von allem, was zur militärischen Dienstpflicht führen könne, in dem Völkerfrieden wurzle. Man verlange selbst von fremder Einmischung unbehelligt zu bleiben und dürfe deshalb auch fremde Völker nicht beunruhigen oder gar vergewaltigen wie die Philippinen. Diese Inseln müßten ihren Bewohnern zurückgegeben werden. Mit diesem Programm sind die Demokraten unterlegen. Eine große Mehrheit hat sich gegen jede Unternehmung solcher Art erklärt. Sie hat Roosevelts Programm gebilligt und dadurch für vier Jahre zur offiziellen Politik gemacht, vielleicht noch für viel länger. Die Tatsache dieser Wahl ist nicht bloß für die vier Jahre maßgebend, sondern sie übt bedeutende Wirkungen auch auf die innere Natur der Besiegten aus. Freund und Feind stimmt in dem Urteil überein, daß die alte demokratische Partei tot sei. Man möchte zu einer Neubildung gelangen. Bryan und seine Freunde kündigen an, sie wollten eine vollständig oppositionelle Partei bilden; dabei werden schwerlich ihre silberwährungsfreundlichen Ansichten eine Rolle spielen, denn mit ihnen ist es schlechterdings Matthäi am letzten, wohl aber die anarchisistischen, die 1896 und 1900 deutlich zu bemerken waren. Vielleicht wird man auch versuchen, mit der Sozialdemokratie Fühlung zu nehmen. Diese Partei ist noch schwach in den Vereinigten Staaten, sie macht Fortschritte, aber doch nur langsam, denn der amerikanische Arbeiter ist ein ausgemachter Individualist. Er hat ununterbrochen die Beispiele des Vorwärtskommens und Gedeihens auf Grund besonderer Tüchtigkeit vor sich; er ist nicht geneigt, den Leistungsfähigen in das Prokrustesbett des Mindertüchtigen zu stecken, und das überschießende Ende abzuhauen. Die Einigkeit zwischen dem linken und dem rechten Flügel der Demokratie scheint zu Ende zu sein; der rechte, hauptsächlich in den Nordoststaaten domizilierte wird die Neigung zum Anarchismus sicherlich nicht annehmen, er wird vermutlich seine eignen Wege gehn. Damit kann er in den Einzelstaaten und den Städten noch sehr große Erfolge erringen, denn das Regiment hängt weder in der Stadt vom Staat noch im Staat vom Bunde ab. Die Südstaaten haben immerdar eine demokratische Verwaltung, auch wenn in Washington die republikanische Gegenpartei ganz allmächtig ist. Und in den republikanischen Nordstaaten halten sich viele Städte demokratisch; namentlich ist die Stadt Newyork fast immer demokratisch. Unsere deutschen Landeskleute pflegen bei der Präsidentenwahl republikanisch zu stimmen; sie sollen es auch noch diesesmal getan haben, obgleich sich Karl Schurz alle erdenkliche Mühe gegeben hat, sie für Parker zu gewinnen. In der Schlacht um die Mayorwahl in Groß-Newyork aber haben die Deutschen den Ausschlag zugunsten des Demokraten gegeben, weil die Republikaner unsinnige Gesetze über die Schließung aller Wirtschaften am Sonntag gemacht hatten. In der Präsidentenwahl ist bei einer solchen Spaltung einem geeinigten Gegner gegenüber jedoch von vornherein alles verloren. Wenn die Demokraten in zwei Flügel mit besondern Präsidentschaftskandidaten auseinandergehn, so ist der Sieg der Republikaner im voraus entschieden, denn es gibt in den Vereinigten Staaten keine Stichwahlen, die relative Mehrheit entscheidet endgültig.

Eben deshalb nennen wir diese Wahl ein historisches Ereignis, weil sie die Herrschaft der republikanischen Partei auf lange sichert. Die Vereinigten Staaten stehen auf absehbare Zeit unter dem Zeichen des Imperialismus, des Hochschuuzolls

und der Goldwährung. Damit hat Europa zu rechnen. Ob der Imperialismus alsbald neue Vorstöße machen wird, kann natürlich kein Mensch wissen. Brennende Streitfragen gibt es im Augenblick nicht. Am ersten kann die Frage der Einverleibung Kubas auftauchen. Die allgemeine Erwartung ist von vornherein dahin gegangen, daß die Selbständigkeit der jungen Republik nur ein kurzer Übergang sein würde. Aber sie hat wenigstens ein so hohes Maß von Pessimismus nicht gerechtfertigt. Sie hat sich einigermaßen solide konstituiert und mit den Vereinigten Staaten einen für sie sehr vorteilhaften Handelsvertrag auf Gegenseitigkeit geschlossen. Solange Ruhe im Lande bleibt und das Eigentum heilig gehalten wird, dürfte die Unabhängigkeit einigermaßen sicher sein. Kommt es aber zu revolutionären Bewegungen, so werden die Vereinigten Staaten kurzen Prozeß machen und die Insel anneklieren. Im westlichen Kanada gibt es ebenfalls eine gewisse Aussicht auf Verschmelzung mit der großen Republik, doch ist auch diese noch nicht in großer Nähe. Es ist also eine baldige Aktion des Imperialismus noch nicht absehbar. Dagegen ist es so gut wie gewiß, daß die Vereinigten Staaten zu einer bedeutenden Vermehrung ihrer Flotte schreiten werden, wahrscheinlich auch zu einer starken Erhöhung der Staatshilfe für die Handelsflotte, wonach die nordöstlichen Staaten schon lange rufen, und die auch Präsident Roosevelt sofort nach seiner Wahl wieder berührt hat.

Auf dem Gebiete des Zollwesens ist der Stillstand wahrscheinlich. Die nordamerikanischen Zölle sind so hoch, daß sie füglich nicht höher getrieben werden können; das verlangt auch niemand. Auf eine Herabsetzung darf man aber nicht rechnen. Ob die Vereinigten Staaten jetzt geneigt sein werden, auf Handelsverträge mit europäischen Staaten einzugehen, muß man abwarten. Bisher haben sie das niemals gewollt. Der amerikanische Hochschutzzoll schen eine Zeit lang durch den weitverbreiteten volkstümlichen Haß gegen die Trusts erschüttert zu werden. Durch ihn halten sich die Trusts das Einzige vom Leibe, was die meisten von ihnen — nicht alle, denn z. B. der Petroleum- und der Fleischtrust werden ganz und gar nicht davon bedroht — wirklich fürchten: die ausländische Konkurrenz zu billigen Preisen. Sowohl Mac Kinley kurz vor seinem Tode wie auch namentlich Roosevelt kurz nach seinem Regierungsantritt haben den Gedanken ausgesprochen, daß ein großer Teil der amerikanischen Industrie die hohen Schutzzölle nicht mehr nötig habe. Sie haben wohl beabsichtigt, die den Trusts so feindliche Stimmung für ihre Pläne auszunutzen. Aber die Magnaten der kapitalistischen Riesenbildungen setzten sich sofort zur Wehr; sie machten Miene, ihre Beiträge für die Parteikassen zu kündigen und einen eignen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen, wenn man nicht von einer Reform des Zollwesens ablasse. Und Roosevelt gab klein bei, er erklärte, niemals an eine Zollrevision gedacht zu haben; der Schutzzoll müsse immer die Grundlage der amerikanischen Wirtschaft bleiben.

Wie auf die Bekämpfung des Imperialismus, so hatten die Demokraten starke Hoffnungen auf die allgemeine Unpopularität der Trusts gesetzt. In den weitesten Kreisen der Konkurrenten empfand man es schwer, daß die Riesenbildungen alle kleinern Geschäfte erdrückten. „Der Siegesweg der Trusts ist gepflastert mit den Leichen ihrer schwächern Konkurrenten,“ so lautete das feindliche Schlagwort. Den Konkurrenten sind die Trusts einfach Privatmonopole, die an Preisen nehmen können, was sie wollen, da sie die heimische Konkurrenz vernichtet haben und die fremde fernhalten. Die Arbeiter endlich fühlten sich ganz und gar in der Gewalt dieser Gesellschaften, ebenfalls aus demselben Grunde, nämlich keinen andern Arbeitgeber als das Privatmonopol auffuchen zu können, an dessen Bedingungen also gebunden zu sein. Beide Parteien deklamierten gegen die Trusts. Roosevelt sprach von Staatsaufsicht. Mit ihr hätten sich die Angegriffnen sehr wohl einverstanden erklärt, da sie in Amerika nichts zu sagen hat. Die Demokraten wollten die Zollreform — die fürchteten die Trusts, deshalb taten sie hernach doch alles für Roosevelt. Die Demokraten behaupten, ihre Gegner hätten eine Parteikasse von fünf Millionen

Dollar (21 Millionen Mark) gehabt, die in der Hauptsache von den Trusts herstamme. Sie wollen nunmehr eine Untersuchung über den Ursprung dieser Gelder beantragen. Alles das hat aber nichts genützt. Imperialismus und Hochschutzzoll sind so mächtig gewesen, daß sie die Trustsfeindschaft spielend überwunden haben.

Einen Augenblick schien es, als sei doch ein demokratischer Sieg in Aussicht. Die amerikanischen Arbeiter haben einen großen nichtsozialdemokratischen aber proletarischen Bund, die American Labor Confederation. Er umfaßt angeblich drei Millionen Wähler, die bisher teils im republikanischen, teils im demokratischen Lager standen. Die Leiter bemühten sich, sie zu einem einheitlichen Botum zu bewegen, und zwar für den Kandidaten, der sich in einer vorzunehmenden Inquisition am günstigsten für die Forderungen der Arbeiter ausspräche. Das wäre unstreitig der demokratische Präsident Parker gewesen.

Wenn nur sechshunderttausend Bundesmitglieder auf Grund einer solchen Wahlparole die republikanischen Reihen verlassen hätten, so wäre der Kampf für Parker entschieden gewesen. Es ist aber nicht dazu gekommen. Die Arbeiter haben keine Miene gemacht, sich einem solchen Kommando zu fügen, jeder ist für sich der Fahne gefolgt, die er für die beste hielt. Es ist gar nicht einmal zu einer Aussprache zwischen der Bundesleitung und den beiden Kandidaten gekommen.

Uns Fremden geziemt es nicht, in dem Kampfe der beiden amerikanischen Kandidaten Partei zu ergreifen. Wohl aber kann man sagen, daß beide diesmal höchst ehrenwerte Männer gewesen sind, deren jeder seinem Amte zur Zierde gereicht haben würde. Parker ist wenig bekannt, Roosevelt steht lange genug vor der Öffentlichkeit, sodaß man von ihm sagen kann, er hat einen hohen ritterlichen Charakter, er hat Bewußtsein vom Werte seiner Persönlichkeit und wird sie nicht um niederer Zwecke willen Unehren aussetzen. Wenn er auch ein Imperialist ist, so bietet doch die Besonnenheit seines Wesens, die Solidität seines Charakters eine Bürgschaft dafür, daß sich das amerikanische Volk nicht in politische Abenteuer stürzen wird, solange er die Zügel der Regierung in der Hand hält. Es wäre zu wünschen, daß der Imperialismus immer unter der Leitung eines so ausgezeichneten Mannes stünde.

Wer ist ein Freidenker? Auch solche Blätter, die, wie die Römische Zeitung, über den Verdacht des Alerikalismus erhaben sind, haben den römischen Freidenkerkongreß sehr ungünstig beurteilt, und sogar die Frankfurter Zeitung, die seine Verhandlungen mit Begeisterung und Entzücken begleitete, mußte nachträglich einer Zuschrift Raum geben, die das Entzücken ein wenig dämpfte. Deren Verfasser, Dr. Arthur Pfungst, findet zwar die antiklerikale Mut der spanischen Delegierten und des römischen Straßenpublikums höchst erbaulich, meint aber mit den übrigen deutschen Delegierten, die Romanen, die den Kongreß beherrschten, hätten ihn in falsche Bahnen geleitet. Weltanschauungsfragen zu diskutieren, sei gar nicht möglich gewesen (nach andern Berichten soll es in den Sitzungen ungefähr zugegangen sein wie im österreichischen Abgeordnetenhaus in Obstruktionszeiten), und die Politik habe den Verhandlungen den Stempel aufgedrückt; namentlich sozialistische Strömungen hätten sich in den Vordergrund gedrängt, und man habe sich zuweilen (wirklich bloß zuweilen?) des Eindrucks nicht erwehren können, die Sozialisten hätten sich des Kongresses zur Verbreitung der Ansicht bedienen wollen, daß jeder Freidenker Sozialist sein müsse. Andre Blätter haben kürzer und klarer gesagt: Der Kongreß war eine tolle Demonstration für die rote Republik. Das wäre nun weiter nichts besonderes. Wenn die radikalsten der Romanen zusammenkommen, versteht es sich doch von selbst, daß sie „wüßtes Zeug schwäze.“ Einige Beachtung dagegen verdient das Verhalten Haefels, des einzigen anwesenden Vertreters der offiziellen deutschen Wissenschaft. Er war gekommen, um auf dem Kongreß einen internationalen Monistenbund zu gründen, das heißt also doch wohl, die Freidenker auf sein bekanntes monistisches Kredo zu verpflichten. Was ist denn

eigentlich ein Freidenker? Dem Worte und der geschichtlichen Entstehung des Freidenkertums nach ein Mann, der sich seine wissenschaftlichen, religiösen und politischen Überzeugungen nicht von Autoritäten aufnötigen läßt, sondern sie durch eignes unabhängiges Denken schafft. Darin liegt nicht die Forderung, daß man alles verwerfen müsse, was die Autoritäten lehren, denn da die Schöpfer der in verschiedenen Zeiten zur Herrschaft gelangten Meinungen nicht alle Dummköpfe gewesen sind, meist sogar das Gegenteil, so kann man von vornherein erwarten, daß unter den hergebrachten Meinungen auch manche richtige sein werden; der freidenkerische Grundsatz fordert bloß, daß keine Meinung ungeprüft angenommen werde, und daß man bestrebt sei, den vorhandenen Wissensschatz durch eigne Forschung zu vermehren. Wenn nun aber Haeckel seine Meinung zum Bredo des Freidenkertums machen will, so setzt er an die Stelle der von ihm abgeschafften Autoritäten eine neue, nämlich seine eigne, und die Freidenker haben wieder einen Papst, dessen einziger Vorzug vor dem römischen Papste seine Machtlosigkeit ist. Oder sollte Haeckel wirklich so naiv sein, zu glauben, jeder frei und selbständig Forschende müsse notwendigerweise beim Hylozoismus ankommen? So hat er nämlich seinen Monismus einmal ganz richtig genannt. Der das schreibt, ist auf dem Wege ganz freier Forschung auch bei einem Monismus angelangt, aber bei dem von Leibniz und Locke, der vom Haeckelschen so himmelweit verschieden ist wie der kirchliche Dualismus. Andre werden durch freie Forschung Pessimisten oder Sozialisten, die Haeckel beide haßt, und mancher kommt auch heute noch auf dem Wege selbständigen Nachdenkens zu der Überzeugung, der lutherische oder der katholische Kirchenglaube sei das wahrste und beste.

Auch die Freidenkerkongresse bestätigen nur die alte Erfahrung, daß alle Parteien, Bünde und Klubs, die das Wörtlein frei auf ihre Fahne schreiben, nur eine neue Art absoluter Herrschaft wollen. Im Mittelalter wurden die Menschen, die eine von der herrschenden abweichende Meinung verkündigten, lebendig verbrannt, in Reformationszeitalter teils verbrannt, teils (in England) mit aufgeschlittem Bauche gehängt, nach der „Befreiung“ durch die Jakobiner geköpft, was ja immerhin schon ein Fortschritt war. Seitdem sind wir noch weiter fortgeschritten, denn der moderne Europäer ist zartnervig und kein Freund von schmerzhaften Operationen, aber Schuppels mit abweichenden Meinungen duldet keine Partei in ihrem Herrschaftsbereich, soweit es ihr gelingt, sie durch unblutige Maßregeln zu unterdrücken. Es stünde auch heute noch schlimm um die Rede- und Pressefreiheit (Gedanken sind zu allen Zeiten zollfrei), wenn wir uns nicht einer großen Menge von Parteien erfreuten, deren jede ihren eignen Parteiglauben hat, von denen aber keine stark genug ist, die übrigen zu unterdrücken. Dieser Zustand macht denn auch den wirklich Freien das Dasein möglich, die, keiner Partei sich anschließend, zwischen ihnen unbemerkt hindurchschlüpfen.

Goethe und der Materialismus. Unter diesem Titel veröffentlicht Max Seiling (Leipzig, Oswald Muze, 1904) eine Studie, zu der ihn der Umstand veranlaßt hat, daß Haeckel und andre Materialisten der darwinischen Schule Goethe als einen der ihrigen feiern. Dazu hätten sie auch nicht den Schein eines Rechts, und der illoyale Kunstgriff dieser Herren richte großen Schaden an, weil die Autorität Goethes viele Unwissende und Halbwissende verführe. Haeckel wolle allerdings seinen Monismus nicht Materialismus genannt wissen, aber dieser Monismus trage alle Merkmale des landläufigen Materialismus an sich, nämlich: „die Ahnungslosigkeit in Sachen des erkenntnistheoretischen Problems; die Annahme, das Psychische aus dem Physischen erklären zu wollen; den Mangel aller Teleologie und den ausschließlichen Mechanismus im Weltprozeß; den tollen Widerspruch zwischen den »ewigen, ehernen« Naturgesetzen und dem blinden Zufall; die Aufhebung der Selbstherrlichkeit des Individuums, dessen Bedeutungslosigkeit der des winzigsten Bazillus gleichkomme, da es, wie dieser, nur ein zufälliges und sinnloses Aggregat von

Chemikalien sei; den frechen Unsinn, wie Schopenhauer es nennt, der Leugnung anderer als chemisch-physikalischer Kräfte; die endgültige Vernichtung des Menschenwesens durch den Tod; die Unfreiheit des Willens ohne ein ergänzendes, transzendentes Reich der Freiheit; die Unmöglichkeit der Moralbegründung und die Leugnung einer sittlichen Weltordnung.“ Man höre zwar seit einiger Zeit behaupten, daß der Materialismus überwunden sei, aber diese Selbstbesinnung spiele sich in den wenig besuchten Hochregionen der Wissenschaft ab, „während man in der Niederung, wo das Gros der Aufgeklärten wohnt, zumeist noch daran festhält, daß die Welt rätsel nur mit Hilfe von Mikroskop, Retorte, Affenstammbäumen und ähnlichem Gerät der »exakten« Naturwissenschaft gelöst werden können. Wäre es anders, dann hätte »Kraft und Stoff« nicht unlängst die zwanzigste Auflage erlebt, wären vom »Welträtsel«-Buche nicht binnen wenigen Wochen zehntausend Exemplare und von der Volksausgabe fünfmal so viel abgesetzt worden, und hätte Professor Ladenburg nicht den Beifallsturm der Kasseler Naturforscherversammlung entfesselt, als er die Dogmen des Materialismus wiederläute. Von einem Schwinden der materialistischen Denkweise bei den Massen kann man erst recht nichts bemerken [ist sie doch die offizielle Religion der Sozialdemokratie]. Ja, unsre ganze Kultur ist vom Materialismus so zerfressen, daß sogar die Rechtspflege nicht unberührt davon geblieben ist, die Verletzung des Vermögens wird nämlich viel strenger bestraft als die aller übrigen, namentlich der idealen Rechtsgüter.“

So ist's: und darum begrüßen wir mit Freuden dieses antimaterialistische Goethebrevier, das durch Hunderte von Aussprüchen nachweist, daß die Materialisten auf diesen einen der drei größten Deutschen neuerer Zeit so wenig Anspruch haben wie auf die beiden andern, ja daß er unzweifelhaft auf dem entgegengesetzten Pole des Fühlens und Denkens steht. Als Motto ist dem Büchlein Goethes Wort vorgelegt: „Werde ja nicht mild im Urteile! Was ist das Herrliche der Vorzeit, wenn sich das Nichtige des Tages aufdringen darf, weil es für diesmal das Privilegium hat, gegenwärtig und lebendig zu sein.“ Leider hat der Verfasser, der mit Du Prel befreundet gewesen und Gesinnungsgenosse von ihm zu sein scheint, die Wirkung seiner Schrift dadurch ein wenig beeinträchtigt, daß er dem Mystischen in und bei Goethe, anstatt es nur zu streifen, einen sehr breiten Raum gewidmet hat. Für die Kenner Goethes unterliegt es ja gar keinem Zweifel, daß er dieses Gebiet geliebt hat und das gewesen ist, was die Nicolai des neunzehnten und des zwanzigsten Jahrhunderts gleich denen des achtzehnten Aberglauben nennen. Aber der Okkultismus, wie die Mystik heute heißt, ist doch wirklich eine so bedenkliche und gefährliche Sache, daß man mit ihrer Hervorhebung an Goethe diesem ein zweifelhaftes Lob spendet. Die Materialisten werden, falls sie es nicht vorziehen, Seulings Buch zu ignorieren, bei ihren Jüngern leicht Glauben finden, wenn sie sagen: Da diese Verirrung doch gewiß nur der Dichterphantasie Goethes entsprungen ist, so hat man von seinem gelegentlichen Lobe der Religion und von seinen spiritualistischen Äußerungen daselbe zu halten. Daß das nicht zutrifft, daß das Religiöse der Kern von Goethes Wesen ist, werden alle unbefangenen Leser des Büchleins einsehen, und die Gymnasiallehrer, die doch ihren Schülern ein richtiges Bild von dem größten aller deutschen Dichter und Denker entwerfen wollen, werden es hoffentlich benutzen.

Etwas vom Vater unser. Meine theologischen Freunde werden nicht immer mit mir zufrieden sein, und das Muster eines guten Christen bin ich nicht. Aber in die Kirche gehe ich doch ab und zu. Der Segenswunsch, mit dem uns der Geistliche entläßt, bewährt sich da immer wieder: es wird stiller und ruhiger in einem, und man wundert sich, wie man sich über so manche Dinge hat aufregen können. Uns Protestanten ist die Predigt der Mittelpunkt des Gottesdienstes, ich finde, manchmal zu sehr, es gibt noch andre Dinge, die erheben, und ich bin in rein liturgischen Gottesdiensten gewesen, bei denen die Gemeinde augenscheinlich tief ergriffen war. Nicht alle Geistlichen sind fesselnde Redner, sie können übrigens deswegen sehr wacker in ihrer Ge-

meinde wirken, und man hört doch auf sie, weil man sich sagt: Sie meinens gut. Mitunter freilich meinen sie zu gut, und wenn die erste halbe Stunde vorbei ist, ertappt man sich wohl dabei, wie einem die Gedanken abschweifen, und die steife Kirchenbank wird einem immer unbequemer. Wenn endlich das erlösende Amen erschallt, folgt noch das vorgeschriebne Kirchengebet. Es ist sicherlich schön und zweckentsprechend abgefaßt, aber auch das hohe Konsistorium wird zugeben, so ganz nach der Vorschrift des Meisters ist es nicht, der uns lehrt, beim Beten nicht viele Worte zu machen. Wenn es aber zum Schluß heißt: Was wir sonst noch auf dem Herzen haben, das fassen wir zusammen im Gebet unsers Herrn, da merkt man an der Haltung der ganzen Gemeinde, mag auch das Herkommen eine Rolle dabei spielen, daß jetzt etwas andres kommt, und daß alle Herzen dabei sind.

Je älter man wird, um so öfter hat man den traurigen Gang mitgemacht, einen lieben Menschen zur letzten Ruhe zu geleiten. Schwer ist uns der Gang manchmal geworden, auch wenn sich nicht um die handelte, die uns unerseßlich sind. Es reißt uns schon herum, das Leid der Angehörigen mit anzusehen. Wohl sucht der Geistliche nach Kräften zu trösten, aber die Hand, die Balsam auflegen will, öffnet manchmal die Wunde noch mehr. Auf einmal verstummt das herzbrechende Schluchzen der gramgebeugten alten Mutter, aus dem immer die Frage herausklang: Warum nicht ich? Kein krampfhaftes Zucken erschüttert mehr die verhärmte Witwe: wir beten das Vaterunser. Und mit den geweihten Worten senkt es sich wie Friede und Ergebung auf die Schwergedrückten herab.

So erinnert uns, meine ich, das Vaterunser an Augenblicke unsers Innenlebens, von denen wir selten sprechen, und auch nicht mit jedem, nur mit einem Freunde, den wir ganz erkannt haben, in stiller Stunde, wenn uns das Herz einmal aufgeht.

Dieser Tage war ich mit einer jungen Freundin zusammen. Die aufgeweckte Kleine berichtet mir immer von ihren Fortschritten in der Schule. Diesemal schaute sie besonders stolz zu mir auf: Wir haben das Vaterunser auf Französisch gelernt; soll ich dir's mal aussagen?

Ich hab mir's nicht aussagen lassen. Es war mir gegen das Gefühl. Es gibt wohl kaum eine wichtige Bibelstelle, worüber sich die Eiferer der verschiednen Konfessionen nicht in den Haaren lägen. Das Vaterunser tasten sie weniger an, und wenn sie's doch tun, so merken wenigstens wir Laien nichts davon. Daß die Worte, an denen sich alle Christen ohne Unterschied von jeher aufgerichtet haben und immer wieder aufrichten werden, auf ihre französische Lautgestalt hin zerpfückt und als Sprachübung heruntergeleiert werden, dazu wurde uns meines Erachtens das Vaterunser nicht gegeben.



Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Alle für die Grenzboten bestimmten Aufsätze und Zuschriften wolle man an den Verleger persönlich richten (J. Grunow, Firma: Fr. Wilh. Grunow, Inselstraße 20).

Die Manuskripte werden deutlich und sauber und nur auf die eine Seite des Papiers geschrieben mit breitem Rande erbeten.